

# BERICHT AUS BERLIN

## von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 035 | 23.6.2023

## Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn neu aufstellen! Zudem: Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

die Deutsche Bahn befindet sich in der Krise. Unpünktlichkeit, kaputte Züge und Unzuverlässigkeit sind bei Zugreisen trauriger Alltag. Der Betrieb auf der Schiene ist notorisch überlastet, obwohl die angestrebte Verlagerung von anderen Verkehrsträgern auf die Schiene nicht erreicht wurde.

Die Deutschen Bahn hat die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt.

Dabei hat sie vom Eigentümer Bund dafür viele Milliarden Euro erhalten, unter anderem über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen I bis III und das „1000 Bahnhöfe-Programm“. Die Ampel plant aktuell nur geringfügige Änderungen bei der Bahn. Von einer echten Reform sind die Vorschläge weit entfernt.

Bei der Deutschen Bahn kann es nicht so weitergehen wie bisher. Das Unternehmen muss grundlegend neu aufgestellt werden.

Es braucht einen echten Quantensprung im Personen- und Güterverkehr. In unserem [Leitantrag](#) schlagen wir deshalb vor, die Infrastruktur vollständig vom Transportbereich zu trennen. Die Struktur von über 700 Tochterunternehmen muss entflochten werden. Die Vorgaben des Bundes müssen künftig verbindlich umgesetzt werden.

Der Verkehrsminister sollte hierfür mehr Einflussmöglichkeiten erhalten, dafür aber auch die Gesamtverantwortung für

die Umsetzung der Bahnpolitik tragen.



### Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen

Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Das Eigenheim im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt sind Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit.

Eigentumserwerb dient außerdem der Altersvorsorge und muss auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein. Für eine zunehmende Anzahl an Menschen ist dieser Traum jedoch in weite Ferne gerückt.

Mit unserem [Antrag](#), den wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten, machen wir deutlich: Wir wollen den Traum vom Häuschen im Grünen oder der Eigentumswohnung in der Stadt wieder für alle ermöglichen. Dies gilt gerade auch für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Wir wollen den Bundesländern ermöglichen, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 EUR pro Erwachsenen und 150.000 EUR pro Kind einzuführen.

Für uns gilt: Was der Staat verspricht, muss er einhalten: Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können. Die Lebensplanung vieler Familien hängt daran. Wir lassen Familien nicht länger mit den steigenden Baukosten allein. Kostentreibende Vorschriften müssen entschlackt, Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

### Aktuelle Stunde

## **Strukturförderung ist Gemeinschaftsaufgabe – Ampel-Kürzungen stoppen**

In der Bundesregierung gibt es Überlegungen, die Mittel für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur, des Küstenschutzes und die Städtebauförderung zu kürzen. Diese Förderungen sind seit Jahrzehnten das zentrale Instrument der Unterstützung ländlicher Räume. Strukturschwache Regionen werden unterstützt, Standortnachteile bei Investitionen ausgeglichen und Anreize zur Schaffung von Einkommen und Beschäftigung gesetzt.

Quantitative Erhebungen und Evaluierungen belegen die positiven Effekte der Investitionsförderung in den strukturschwachen Regionen. Die Förderung schafft Arbeitsplätze, setzt zusätzliche Wachstumsimpulse und trägt somit zum Abbau regionaler Unterschiede und gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland bei.



In einer [Aktuellen Stunde](#) haben wir gefordert: Die Bundesregierung muss ihre Pläne zum Förderstopp für ländliche Regionen zurücknehmen. Die Stärkung regionaler Wirtschaftsstruktur in strukturschwachen Regionen, vor allem auch in Teilen Ostdeutschlands, ist eine wichtige staatliche Aufgabe und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse. Mittelstand und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Küsten- und Hochwasserschutz müssen weiter unterstützt werden. Die hier eingesetzten Mittel schaffen Arbeitsplätze und lösen oft ein Vielfaches an Investitionen aus. Der ländliche Raum darf nicht von der Ampel abgehängt werden.

## **Abschließend beraten wurde unser [Antrag](#) Energiehilfen nicht mit massivem bürokratischem Aufwand belasten**

Darin fordern wir: Die bereits gezahlten und noch zu zahlenden Energiehilfen sollen nicht mit massivem bürokratischem Aufwand besteuert werden.

Hierzu fordern wir die Bundesregierung auf, auf die Besteuerung der Energiepreispauschale 2022 rückwirkend zu verzichten und weitere steuerliche Vereinfachungen in die Wege zu leiten. Zusammen mit unserem Antrag beraten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsegesetzes sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher und sozialrechtlicher Gesetze in abschließender zweiter und dritter Lesung.

**Ampel 🚦 : abgelehnt**

Ebenfalls abschließend beraten wurde unser [Antrag](#)

### **Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze stärken**

Darin fordern wir: Es braucht ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, um aktuellen Herausforderungen – hohe Energiepreise, zu viel Bürokratie, zu langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohe Steuern und Sozialabgaben sowie den erheblichen Mangel an Fach- und Arbeitskräften – zu meistern und Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen.



Der starke Fokus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima-

schutz (BMWK) auf Klima- und Energiefragen greift hier zu kurz. Auch der Inflationsdruck ließe sich reduzieren, wenn die Regierung ihren bislang eingeschlagenen Kurs wenig zielgenauer finanzieller Entlastungen aufgibt und die Unternehmen und Bürger mit besseren Rahmenbedingungen wirkungsvoll entlastet.

Meine große Sorge ist, daß die Ampel folgenden Fakt noch nicht zur Kenntnis genommen hat: **Die deutsche Wirtschaft befindet sich am Scheideweg!** Jetzt droht eine „Stagflation“. Erst die Krisenjahre, dann eine langanhaltende Wachstumsschwäche bei hoher Inflation, das könnte dem Wirtschaftsstandort Deutschland schwer zusetzen. Wichtig ist jetzt, das Arbeitskräfteangebot und die Produktivität zu stärken. Es muss wieder um Bildung, Investitionen und Innovationen gehen – für mehr Wachstum, Wohlstand und möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze.

**Ampel 🚦 : abgelehnt**

### **Terroranschläge verhindern – Zum Schutz unserer Bevölkerung entschiedener gegen potenzielle Terroristen vorgehen**

Die Innere Sicherheit in Deutschland und Europa wird in besonderem Maße auch durch den islamistischen Terrorismus bedroht. Gerade das Jahr 2020 mit den tödlichen Anschlägen in Paris, Dresden, Nizza und Wien hat uns vor Augen geführt, dass die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus unvermindert fortbesteht. Auch nach Angaben der Bundesinnenministerin steht Deutschland weiterhin im unmittelbaren Zielspektrum islamistischer Terrororganisationen. Den Schutz der Bevölkerung dürfen wir deshalb nicht dem Zufall überlassen.

Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung deshalb auf, zur Verhinderung terroristischer Straftaten alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Dazu gehört insbesondere, den vom Europäischen Gerichtshof im Urteil vom am 22. September 2022 eröffneten Rahmen zur Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen endlich zu nutzen.



Zudem braucht der Verfassungsschutz die Befugnis zur Online-Durchsuchung. Daneben müssen die Sicherheitsbehörden auch potenzielle Terroristen, sogenannte Gefährder, verstärkt in den Blick nehmen.

## Neues aus dem Haushaltsausschuss

Ein „Konsens“ meint die übereinstimmende Meinung von Personen zu einer bestimmten Frage ohne verdeckten oder offenen Widerspruch. KONSENS steht aber auch für die „KOordinierte Neue Software-ENTwicklung der Steuerverwaltung“. In dieses Projekt wurden bisher bereits 1,6 Milliarden Euro investiert, ohne daß es nennenswerte Ergebnisse oder Fortschritte gibt.

Leider gibt es keinen Konsens darüber, wie wir hier endlich Dampf unter den Kessel bekommen. Der von mir formulierte Maßgebungsbeschluss für den Haushaltsausschuss wurde ... richtig!

Antrag der Arbeitsgruppe Haushalt  
der Fraktion CDU/CSU

53. Sitzung des Haushaltsausschusses  
am 21. Juni 2023

Beschluss des Haushaltsausschusses zu TOP 2 a)

Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über den aktuellen Stand und die Fortschritte des Zusammenwirkens von Bund und Ländern nach § 20 Absatz 2 und 4 FVG

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages möge beschließen:

1. → Das Bundesministerium der Finanzen wird aufgefordert, in einem Gesamtbericht bis zum 30.12.2023
  - a. → einen verbindlichen Zeitplan vorzulegen, wann die in den drei Kernverfahren ELFE, BIENE und GINSTER gebündelten Softwareprodukte jeweils für den flächendeckenden Einsatz in allen Ländern und Finanzämtern bereitstehen sollen, und welche Meilensteine dahin führen.
  - b. → darzustellen, welche finanziellen und personellen Ressourcen dafür in welchem Zeitraum notwendig sind und
  - c. → in einer Finanzübersicht die Gründe des aktuellen Investitionsstaus darzustellen und zu erläutern, wie jener für eine effektive, moderne und zukunftsfähige Steuer-IT aufgelöst werden soll.
2. → Das Bundesministerium der Finanzen wird aufgefordert,
  - a. → im Zusammenwirken mit den Ländern seine im KONSENS-G verankerte Verantwortung aufzugreifen und die neue Steuer-IT endlich zum Durchbruch zu führen,
  - b. → die strategische und die operative Steuerung von KONSENS zu überprüfen, das Projektmanagement zu verbessern und ein angemessenes Controlling sicherzustellen,
  - c. → die für die operative Gesamtleitung nötigen Stellen unverzüglich zu besetzen und
  - d. → die Berichterstattung über das Projekt zu verbessern und den jeweiligen Fortschritt und die entsprechenden Risiken transparent und adressatengerecht darzustellen.



## Banken und Sparkassen vor Ort schützen

Die Europäische Kommission hat am 18. April 2023 ihre Vorschläge zur Reform der Einlagensicherung und Bankenabwicklung in Europa vorgelegt. Wir sehen diese Vorschläge kritisch: Denn der Entwurf würde die nationalen Einlagensicherungssysteme schwächen. Die Initiative ist zudem darauf angelegt, eine europäische Einlagensicherung über Umwege herbeizuführen.

Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung daher auf, sich öffentlich und geschlossen für den Erhalt der Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken einzusetzen. Die Bundesregierung muss darüber hinaus sicherstellen, dass die Vorschläge der Europäischen Kommission derart abgeändert werden, dass sie die nationalen Einlagensicherungssysteme nicht schwächen und eine europäische Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme abzulehnen.

## Neues aus dem Büro



Eine große Ehre wurde meinem Mitarbeiter **Marco Schlosser** in dieser Woche zu Teil: Er durfte für die Fußballmannschaft des **FC Bundestag** die Stollenschuhe schnüren!

Zwar verlor die Bundestagsgruppe 3:5 gegen den Seniorenclub „Die Spätlesen“, aber der gebürtige Mögglinger schoss zwei der drei Bundestagstore!

## Exkurs: Wie stehen wir zur Vier-Tage-Woche?

Pünktlich zum Tag der Arbeit hat die Co-Vorsitzende der SPD, Saskia Esken, die Einführung der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich in die öffentliche Debatte gebracht.

In ökonomischen Fachkreisen ist die Diskussion um eine Vier-Tage-Woche nicht neu, und es ist naheliegend, dass die Gewerkschaften diese Thematik in Zukunft immer wieder aufgreifen werden. So hat die IG Metall bereits angekündigt, in der nächsten Stahl-Tarifrunde eine Vier-Tage-Woche zu fordern. Damit verbindet sie die Forderung nach einer 32-Stunden-Woche und damit einer Arbeitszeitverkürzung. Was davon Realität wird, wird sich aus der sozialpartnerschaftlichen Balance heraus in den Tarifverhandlungen ergeben.

Es handelt sich bei der Vier-Tage-Woche nicht um ein politisches Projekt, sondern um einen Trend. Dieser vollzieht sich unabhängig davon, ob diese politisch begrüßt oder abgelehnt wird. Die Politik hat sich aber mit den möglichen Folgen eines solchen Wandels auseinander-zusetzen.

Die **Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**, deren stellv. Vorsitzende ich bin, nimmt dazu wie folgt Stellung:

- I. Sie erteilt politischen Forderungen nach einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich eine Absage. Die Lohnfindung muss in den Händen der Tarifparteien bleiben, um die individuellen Bedürfnisse von Beschäftigten mit den Erfordernissen der jeweiligen Arbeits- und Betriebsorganisation zu verbinden.
- II. Sie begrüßt Initiativen zu einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Es ist positiv, wenn die Beschäftigten mehr Möglichkeiten erhalten, die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit individuellen Bedürfnissen anzupassen. [Die Diskussion zur Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit sollte im Sinne von mehr sozialpartnerschaftlicher Flexibilisierung der Spanne zwischen 10 und 12 Arbeitsstunden täglich geführt werden, ohne dabei den Arbeitsschutz außer Acht zu lassen.]
- III. Tarifgebundene Unternehmen sind bei der flexiblen Arbeitszeitgestaltung im Vorteil. Betriebsräten kommt eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung von Vereinbarungen zur Arbeitszeit zu. Die Vielfalt der Arbeitswelt mit mehr als 300 Berufen und individuell unterschiedlichen Bedürfnissen innerhalb einer Belegschaft bündeln Betriebsräte die Interessen und können die Belange derjenigen aufgreifen, die sich eine andere Verteilung der täglichen Arbeitszeiten wünschen.
- IV. Erwerbsarbeit ist ein unverzichtbarer Teil für ein gelingendes Leben. Sie ist die Quelle für Wertschätzung individueller Leistungen, Inspiration und Motivation, sie gibt den Rahmen für soziale Interaktionen am Arbeitsplatz und sie legt die Grundlage für materiellen Wohlstand. Arbeit ist mehr als Broterwerb, sie gehört zum Wesen des Menschen.
- V. Gewerkschaften und Betriebsräte tragen in der Debatte um flexiblere und tendenziell reduzierte Arbeitszeiten eine besondere gesellschaftliche Verantwortung. Sie wissen, was es bedeutet, wenn sich ganze Branchen bei Klimaschutz und Digitalisierung in der Transformation befinden und ihr Geschäftsmodell verändern müssen. Hinzu kommt in vielen Branchen ein akuter Fachkräftemangel, der in der betrieblichen Praxis eine Arbeitszeitreduzierung faktisch ausschließt.

- VI. Erfolgreiche Transformation setzt Leistungsbereitschaft bei den Beschäftigten voraus. Die Debatte über Arbeitszeiten ist eng verknüpft mit der Frage, wie Wohlstand künftig erwirtschaftet wird. In den letzten Jahren ist die industrielle Basis in Deutschland in Folge von Abwanderungsprozessen und Investitionsentscheidungen im Ausland um rund 5 Prozentpunkte auf 20 Prozent gesunken. In Deutschland ist es die Industrie, die die Grundlage für sichere Arbeitsplätze und solide Steuereinnahmen bildet. Die Herausforderungen bei Klimawandel und Digitalisierung sind eine Chance für die deutsche Wirtschaft, sich im globalen Wettbewerb erfolgreich zu behaupten. Flexible Arbeitszeiten können Beschäftigten motivieren, sich auch künftig in diesem Transformationsprozess stark zu engagieren.